

ORF.at

Politik

Debatte um Spitäler: Akutversorgung soll bleiben

In der Debatte um Schließungen von Krankenhäusern hat Landesrat Ludwig Schleritzko (ÖVP) betont, dass die „jederzeitige Erst- und Akutversorgung“ an den bestehenden Standorten erhalten bleibe. Ob etwa in einem Spital, einem Ambulatorium oder PVZ, sei aber offen.

22.10.2024 18.40

Aufgeflammt ist die Debatte in der Vorwoche, nachdem ein Expertenpapier medial publik geworden war. Vorgeschlagen wird darin die Schließung von vier der 27 Spitalsstandorte im Bundesland. Das Konzept sieht die Auflassung der Kliniken Hollabrunn, Korneuburg und Stockerau (Bezirk Korneuburg) vor. Diese Standorte sollen in einem neuen Krankenhaus Weinviertel Süd-West zusammengelegt werden.

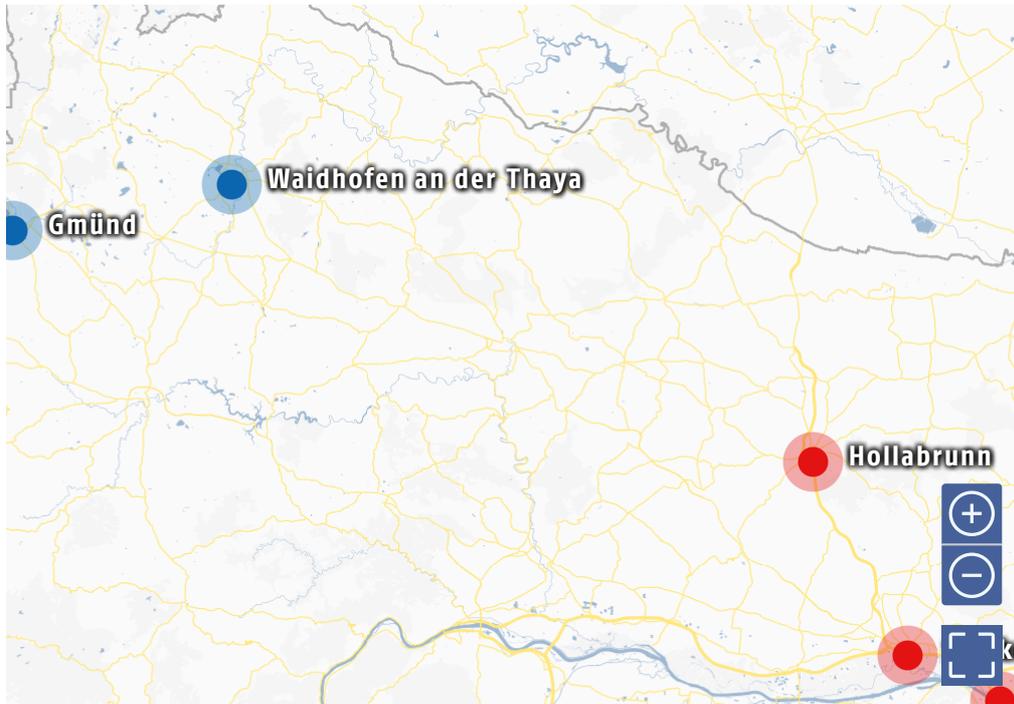
Das Spital in Gänserndorf soll demnach zu einem Primärversorgungszentrum werden. In Melk, Klosterneuburg (Bezirk Tulln), Gmünd und Waidhofen an der Thaya soll die Akutversorgung wegfallen, die Häuser sollen zu Sonderkrankenanstalten umgebaut werden – mehr dazu in Experten schlagen Spitalsschließungen vor (noe.ORF.at; 16.10.2024).

„Jahre altes Dokument“

„Mit der Veröffentlichung eines Jahre alten Dokuments entstand große Betroffenheit in der Bevölkerung und auch Angst vor der Zukunft“, sagte Schleritzko am Dienstag. Das geleakte Expertenpapier sei bereits in der vergangenen Legislaturperiode entstanden und im aktuellen Gesundheitsprozess bis zur medialen Veröffentlichung in der vergangenen Woche nicht diskutiert worden.

Als für die Kliniken zuständiger Landesrat sei es nun seine Aufgabe, „Ängste zu nehmen und für Klarheit zu sorgen“, betonte Schleritzko. Mit dem Gesundheitspakt sei „in einem Schulterschluss aller in der Regierung vertretenen Parteien (ÖVP, FPÖ, SPÖ, Anm.)“ ein Prozess eingeschlagen worden, der das Gesundheitssystem „gut und sicher in die Zukunft führen soll“. Die Experten sollten ohne Zurufe ihre Einschätzungen erarbeiten, die Letztentscheidung obliege ohnehin der Politik und in diesem Fall dem Land.

[OpenStreetMap \(http://www.openstreetmap.org/copyright\)](http://www.openstreetmap.org/copyright)



Laut dem geleakten Dokument sollen vier Spitalsstandorte (rot) – Korneuburg, Stockerau, Hollabrunn und Gänserndorf – geschlossen werden, an weiteren Standorten (blau) soll die Akutversorgung wegfallen

Zu Beginn des Prozesses seien Rahmenbedingungen vorgegeben worden, eine davon sei die Erst- und Akutversorgung. „Egal, welche Empfehlungen zu Standorten von Seiten der Experten übermittelt werden, wir werden daran festhalten, dass an jedem jetzigen Klinikstandort eine dementsprechende jederzeitige Versorgung gegeben ist – ausnahmslos“, so der ÖVP-Landesrat. Auch in Sonderkrankenanstalten müsse eine „24/7 Notfallversorgung“ durch einen Internisten oder Allgemeinmediziner schon jetzt gesetzlich gewährleistet sein.



„Wer eine akute Behandlung benötigt, wird diese Behandlung auch in Zukunft bekommen – ob in einem Spital, einem Ambulatorium oder einem Primärversorgungszentrum“ werden „die Empfehlungen der Experten zeigen“, so Schleritzko. Zu Spezialisierungen und Schwerpunktsetzungen könne angesichts des laufenden Prozesses derzeit nichts gesagt werden.

Es brauche ein Vorgehen „mit Vernunft“ und „kein Skandalisieren aufgrund parteipolitischer Interessen“. Kritik gab es in diesem Zusammenhang am SPÖ-Landesparteivorsitzenden Landesrat Sven Hergovich. Es könne und werde jedenfalls nicht um Einsparungen bei der Gesundheit der Menschen gehen, unterstrich Schleritzko.

Luisser: „Versorgungssicherheit oberste Priorität“

FPÖ-Landesrat Christoph Luisser, gleichzeitig Vorsitzender des NÖ Gesundheits- und Sozialfonds (NÖGUS), betonte, dass der Gesundheitspakt das Fundament für eine „moderne und zukunftsfähige“ Versorgung im Bundesland bilde. „Umfassende Versorgungssicherheit“ bleibe oberste Priorität, verwies Luisser auf Herausforderungen im Gesundheitsbereich wie den Fachkräftemangel und den demographischen Wandel.

Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister (ÖVP), u.a. zuständig für Pflege- und Betreuungszentren, verwies darauf, dass in Sachen Gesundheit in der Vergangenheit bereits einige Punkte auf den Weg gebracht worden seien. „Aber wir sind noch nicht dort, wo wir eigentlich hinwollen.“ Sich dem Prozess generell zu verwehren, halte sie „für nicht vertretbar“, sagte die ÖVP-Politikerin in Richtung Hergovich.



Königsberger-Ludwig sieht Aufklärungsbedarf

Dessen Parteikollegin, Gesundheitslandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig (SPÖ), war für den Medientermin in St. Pölten im Vorfeld angekündigt worden, letztlich jedoch krankheitsbedingt entschuldigt. Via Pressesprecher bezeichnete sie in einem Statement den Gesundheitspakt als „wichtige und notwendige Maßnahme, um die großen Herausforderungen im Gesundheitssystem in Niederösterreich anzugehen“.

Das Bekanntwerden eines Papiers, das Krankenhausschließungen vorsieht, sei „nicht vertrauensbildend“. Königsberger-Ludwig ortet Aufklärungsbedarf, „was es mit dem ‚Geheimpapier‘ auf sich hat, wer daran mitgearbeitet hat, ob es weitere

Absprachen zwischen den Koalitionspartnern ÖVP und FPÖ gibt und ob die Ergebnisse somit ohnehin schon vor dem Ende des Prozesses feststehen.“

NEOS sprach sich unterdessen dafür aus, die Spitallandschaft in Niederösterreich zu erneuern. "Der Reformdruck im Gesundheitswesen ist groß. Obwohl Österreich eines der teuersten Systeme der Welt hat, kommen die Milliarden nicht bei den Patientinnen und Patienten an. Das merken wir alle an der Länge der Wartezeit auf einen Facharzt-Termin, auf eine Operation oder eine bestimmte Behandlung“, so NEOS-Landesparteivorsitzende Indra Collini. Eine Zusammenlegung von Standorten sei notwendig, gleichzeitig pocht man auf den Ausbau einer „wohnnahen Versorgung“, etwa in Form von Gesundheits- und Primärversorgungszentren oder Gemeinschaftspraxen.

Erste Ergebnisse im Frühjahr

Ein Expertengremium und eine Fachgruppe bearbeiten den Gesundheitspakt, führte Prozesskoordinator Markus Klamminger aus. Die Fachgruppe behandelt die diversen Themenfelder in ganztägigen Sitzungen, Ergebnisse und Meinungen werden dann an das Expertengremium weitergegeben. Dort werden die Erkenntnisse diskutiert, Handlungsempfehlungen für die Politik werden in der Folge kreiert.

13 Sitzungen in beiden Gremien seien bisher abgehalten worden. Nach Weihnachten dürften erste Empfehlungen einer Qualitätssicherung unterzogen werden. Im ersten Quartal 2025 sollen die Konzepte schließlich der Politik vorgestellt werden.

red, noe.ORF.at